



Kassel, 29. April 2022 | Ausgabe Nr. 106

Informationen aus der Hauptstadt und dem Wahlkreis Kassel

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,**

Deutschland steht fest an der Seite der Ukraine: Seit 2014 hat die Bundesregierung gut zwei Milliarden Euro an finanzieller Unterstützung geleistet. Im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen hat die Bundesregierung sowohl der Lieferung aus Drittstaaten zugestimmt als auch Waffen zur Selbstverteidigung geliefert. **Auch bei künftigen Lieferungen gilt: Wir stimmen uns eng mit unseren Bündnispartner*innen ab.**

Ukraine: politische Lösungen & Sanktionen

Daneben bleibt es wichtig, auch mit diplomatischen Mitteln eine politische Lösung zu suchen, um den Konflikt zu beenden. Wir unterstützen ausdrücklich die Forderung des UN-Generalsekretärs Guterres nach einem sofortigen Waffenstillstand! Parallel haben Deutschland und seine internationalen Partner*innen frühzeitig weitreichende Sanktionen gegen Russland beschlossen. Wenn nötig, werden wir diese ausweiten. Die EU-Kommission arbeitet zurzeit an einem weiteren Sanktionspaket.

EEG-Umlage, Kindersofortzuschlag & Einmalzahlung

Höhere Kosten für Energie und Lebensmittel, pandemiebedingte Gesundheitsausgaben – all das sind finanzielle Belastungen für die Menschen hierzulande. Wir haben deshalb zwei Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht, welche die Verbraucher*innen spürbar entlasten. Zwei Vorhaben davon setzen wir nun um: **Wir schaffen die EEG-Umlage zum 01. Juli ab und unterstützen Kinder in bedürftigen Familien mit einem monatlichen Kindersofortzuschlag von 20 Euro sowie Menschen in Grundsicherung mit einer Einmalzahlung von 100 Euro.**

Mindestlohn

Es ist ein zentrales Versprechen der Sozialdemokratie, das diese Woche in die parlamentarische Beratung ging: Wir haben den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro erhöht! Denn wir finden, dass Arbeit vor Armut schützen muss. **Millionen von Arbeitnehmende werden so ab Oktober 2022 deutlich mehr Geld in der Tasche haben** – insbesondere Frauen, Ostdeutsche und Beschäftigte in Branchen mit geringer Tarifbindung.

Euer



EEG-Umlage, Kindersofortzuschlag & Einmalzahlung

Wir entlasten Verbraucher*innen spürbar

Hohe Energie- und Lebensmittelkosten, pandemiebedingte Gesundheitsausgaben: All das belastet die Bürger*innen derzeit finanziell stark. Deshalb haben wir ein Maßnahmenpaket geschürt, um die Verbraucher*innen unter die Arme zu greifen. Zwei erste Vorhaben setzen wir nun um:

Entlastung durch vorgezogene Absenkung der EEG-Umlage **Mehr Teilhabe für Kinder und Menschen in Grundsicherung**

In den vergangenen Monaten sind die Energiepreise auf den Großhandelsmärkten sehr stark angestiegen. Dies bedeutet zugleich höhere Strompreise für viele Verbraucher*innen – Privathaushalte wie Unternehmen. In 2022 machten ca. 40 Prozent des Strompreises Steuern, Abgaben und Umlagen aus. Davon entfallen rund 11 Prozent auf die EEG-Umlage.



[Hier geht es zu meiner Rede zur Aktuellen Stunde am 28. April 2022 zum Thema Energiepreise.](#)

Wir wollen Verbrauchende vor hohen Energiepreisen schützen. Deshalb haben

wir in dieser Woche abschließend den Gesetzentwurf der Regierungskoalitionen beraten. Er sieht vor, dass die EEG-Umlage von 3,723 Cent/kWh auf null gesenkt wird – zum 01. Juli dieses Jahres. Die Einnahmeausfälle für Stromnetzbetreibenden von 6,6 Milliarden Euro werden durch den Energie- und Klimafonds (EKF) beglichen.

So kommt die Senkung auch wirklich bei den Verbraucher*innen an:

Neuverträge

Die Umlage darf ab dem 01. Juli nicht mehr berücksichtigt werden, wenn es darum geht, Preise zu veranschlagen.

Bestehende Verträge

Die entfallene Umlage muss vom Energiepreis (d.h. der Rechnung) abgezogen werden – unabhängig von vertraglich festgelegten Preisänderungsrechten oder -garantien

Transparente Rechnungen

Stromlieferant*innen sind künftig zu mehr Transparenz verpflichtet: Sie werden künftig in den Rechnungen aufführen müssen, um welchen Betrag sich die Stromrechnung durch die gesenkte EEG-Umlage verringert hat.

Mit dem Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz haben wir zwei wichtige Vorhaben für den sozialen Zusammenhalt auf den Weg gebracht.

Auf dem Weg zur Kindergrundsicherung

Wir wollen Kinder aus der Armut holen. Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, eine Kindergrundsicherung einzuführen. Bis diese umfassende Reform umgesetzt ist, erhalten Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ab Juli 2022 einen Kindersofortzuschlag von 20 Euro pro Monat.

Davon profitieren Kinder, deren Familien Anspruch auf Grundsicherung, Sozialhilfe oder auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach Bundesversorgungsgesetz haben. Auch Kinder von Asylbewerber*innen erhalten den Zuschlag. Damit verbessern wir zielgerichtet die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe derjenigen, die in der Corona-Pandemie stark belastet sind. Unser langfristiges Ziel bleibt es, Kinderarmut hierzulande zu überwinden.

Menschen in Grundsicherung unterstützen

Zudem wollen wir Menschen mit wenig Geld unter die Arme greifen. Mit einer erneuten Einmalzahlung von 100 Euro federn wir die Belastungen durch die Corona-Pandemie sowie durch die höheren Kosten für Energie und Lebensmittel ab. Davon profitieren diejenigen, die Grundsicherung, Sozialhilfe oder Unterstützung nach Asylbewerberleistungs- und Bundesversorgungsgesetz erhalten. Die Auszahlung ist im Juli 2022 geplant.

Angesichts der aktuellen Entwicklung werden wir die Höhe der Beträge noch einmal prüfen.

Der Mindestlohn von 12 Euro kommt

Eine Erfolgsgeschichte, die nun fortgeschrieben wird

Der Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte, die nun fortgeschrieben wird. Durch die einmalige Erhöhung per Gesetz werden Millionen von Arbeitnehmenden ab Oktober 2022 mehr Lohn in der Tasche haben, besonders Frauen und Ostdeutsche.



Foto © Andreas Amann

Damit sorgen wir dafür, dass **Arbeit zum Leben reicht und vor Erwerbsarmut schützt**. Dies betrifft vor allem Beschäftigte in Branchen mit geringer Tarifbindung – darunter Floristik, Körperpflege, Land- und Tierwirtschaft, Gastronomie, Reinigung und Einzelhandel.

Über weitere schrittweise Erhöhungen wird die Mindestlohnkommission entscheiden. Ein Gremium zusammengesetzt aus Gewerkschaften und Arbeitnehmenden. Den aktuellen Gesetzentwurf berieten wir in dieser Woche in 1. Lesung.

Neue Verdienstgrenze für Minijobs

Zudem erhöhen und dynamisieren wir die **Verdienstgrenze** für Minijobs **auf 520 Euro**. Das bedeutet: Steigt der Mindestlohn, steigt auch die Verdienstgrenze. Eine Wochenarbeitszeit von zehn Stunden ist damit weiterhin möglich.

Verbesserung bei Midijobs

Darüber hinaus wird es eine spürbare Verbesserung bei den Midijobs geben, also im sogenannten Übergangsbereich bei Verdiensten über 520 Euro. **Die Sozialbeiträge werden hier künftig langsamer ansteigen und Arbeitgeber*innen einen höheren Anteil als bisher leisten**. Zudem heben wir die Obergrenze von 1.300 auf 1.600 Euro an. Dadurch wird der Anreiz für eine Tätigkeit oberhalb der Minijob-Grenze attraktiver. Das Ziel: Das Altersarmutsrisiko reduzieren durch höhere Verdienste und Beitragszahlungen.

Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Durch eine Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) werden wir die **Unabhängigkeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken** und damit zu einem wirksamen Schutz vor Diskriminierung beitragen. Den entsprechenden Gesetzentwurf haben wir diese Woche in 2./3. Lesung beraten.

Derzeit wird die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) kommissarisch geleitet. Die Reform wird das Amt aufwerten und das Besetzungsverfahren neu regeln: Künftig wird die Antidiskriminierungsstelle von einer bzw. einem

Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung auf Vorschlag der Bundesregierung geleitet. So sorgen wir dafür, dass das **Fachwissen der ADS** im politischen Meinungsbildungsprozess durch Beteiligungspflichten der Ressorts **Berücksichtigung** findet.

Der Bundestag wählt dieses Amt für fünf Jahre und die Berufung erfolgt durch den Bundespräsidenten. Somit ist Amtszeit von der Legislaturperiode abgekoppelt. Das macht die von staatlichem Einfluss **freie Aufgabenwahrnehmung** deutlich. Eine einmalige Wiederwahl ist möglich.

Wir stehen an der Seite der Ukraine

Frieden und Freiheit in Europa verteidigen

Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. Gemeinsam mit ihren Partnern in der EU und NATO leistet die Bundesregierung bereits einen wichtigen Beitrag. Wir als Koalitionsfraktionen unterstützen die Arbeit der Bundesregierung und brachten deshalb in dieser Woche einen entsprechenden Antrag ein, der am Ende auch von der CDU/CSU-Op-
position unterstützt wurde.

Humanitäre Korridore, Waffenstillstand und internationale Partnerschaft

Mit diesem bekräftigen wir, dass weder Deutschland noch die NATO aktiv in den Krieg eingreifen werden. Vielmehr wollen wir die Ukraine so gut es geht unterstützen, humanitäre Korridore ermöglichen, einen Waffenstillstand herbeiführen und den Frieden gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partner*innen dauerhaft sichern.

Waffenlieferungen an die Ukraine

Mit dem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Ukraine weiter und schnell mit benötigter Ausrüstung zu versorgen. Das schließt die erweiterte Lieferung auch von schweren Waffen und komplexen Systemen (etwa im Rahmen des Ringtausches) ein.

[> Zum gemeinsamen Antrag](#)

Das Ziel: Energieunabhängigkeit

Langfristig muss Deutschland unabhängiger werden von russischer Energie. Mit unserem Antrag haben wir die Bundesregierung aufgefordert, einen Fahrplan für dieses Ziel zu erstellen.

Das heißt:

Russische Öl- und Gasimporten verringern, die Erneuerbaren Energien ausbauen und mehr unterschiedliche Energiequellen nutzen.

Sondervermögen Bundeswehr

Wir investieren in unsere Sicherheit

Wir müssen mehr in die Sicherheit und den Frieden Europas investieren, um auch unsere Freiheit und Demokratie verteidigen zu können. Genau darauf zielt unser Gesetzentwurf, den wir diese Woche in 1. Lesung berieten, ab.

Investitionen in Ausrüstung

Mit dem „Sondervermögen Bundeswehr“ stärken wir die Sicherheit unseres Landes. Mit den vorgesehenen 100 Milliarden Euro sorgen wir dafür, dass in die bestmögliche Ausrüstung unserer Soldat*innen investiert wird. So stärken wir die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und stellen sicher, dass die Bundeswehr ihre Bündnisverpflichtungen wahrnehmen kann.

Das Sondervermögen greift den Kernhaushalt nicht an. So stehen weiter ausreichende Mittel für die Bereiche der inneren und sozialen Sicherheit zur Verfügung. Dies wird unserem umfassenden Verständnis von Frieden und Sicherheit gerecht, zu dem auch die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention und humanitäre Hilfe gehören.

Parlamentarische Kontrolle ist sicher

Überdies bleibt die parlamentarische Kontrolle gewährleistet. Mit der Änderung des Art. 87a GG (Streitkräfte) sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für das Sondervermögen geschaffen werden.

Sonntag, 01. Mai | Wahlkreis

GeMAInsam Zukunft gestalten: Der 1. Mai in Stadt und Kreis



Foto © Andreas Amann

„GeMAInsam Zukunft gestalten“: Unter diesem Motto steht der diesjährige Tag der Arbeit.

Bei meiner Tour am 1. Mai werde ich daher gemeinsam mit vielen anderen ein sichtbares Zeichen für **Frieden, Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt** setzen.

Unterwegs im Wahlkreis

Zum Beispiel bei der großen [Kundgebung des DGB](#) auf dem Königsplatz mit anschließender Demo zum Nordstadtpark und weiteren Besuchen von „1. Mai“-Veranstaltungen in meinem Wahlkreis – in Fuldaabrück, Vellmar und Ahnatal.

09:30 Uhr

ökumenischer Gottesdienst | Karlskirche (Kassel)

10 Uhr

DGB-Kundgebung | Königsplatz (Kassel)

11:00 Uhr

„1. Mai“-Veranstaltung der SPD-Fuldaabrück | Grillhütte Dennhausen/Dittershausen

13:00 Uhr

„1. Mai“-Veranstaltung der SPD-Vellmar | Ahnepark

14:00 Uhr

„1. Mai“-Kinder- & Familienfest der SPD-Ahnatal | Tanzeplatz in Heckershausen

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm des Bundestags

Mit dem Bundestag in die USA!



Seit 1983 gibt das **Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP)** alljährlich **Schüler*innen** sowie **jungen Berufstätigen und Auszubildenden** die Möglichkeit, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein **Austauschjahr in den USA** zu erleben. Da das PPP ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Congress ist, sind zeitgleich auch junge US-Amerikaner*innen für ein Austauschjahr zu Gast in Deutschland.

Ab dem 2. Mai für ein Stipendium bewerben

Die Bewerbungsfrist für das **40. Parlamentarische Patenschafts-Programm 2023/24** beginnt am Montag, dem 2. Mai 2022 und endet am Freitag, dem 9. September 2022. Für das Programm bewerben können sich Schüler*innen, die zwischen dem 1. August 2005 und dem 31. Juli 2008 geboren wurden. Und junge Berufstätige, die nach dem 31. Juli 1998 Geburtstag haben.

Interessierte können sich unter www.bundestag.de/ppp bewerben und informieren.



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:

https://twitter.com/Timon_Gremmels/

[fb.com/TimonGremmels](https://www.facebook.com/TimonGremmels)

[instagram.com/gremmels](https://www.instagram.com/gremmels)

twitter.com/Timon_Gremmels

[linkedin.com/in/timon-gremmels](https://www.linkedin.com/in/timon-gremmels)



Timon Gremmels, MdB
@Timon_Gremmels

Heute vor 36 Jahren gab es den SuperGau von **#Tschernobyl**. Anlass für die **#SPD**, sich von der **#Atomkraft** zu verabschieden. Ende 2022 gehen die letzten 3 AKWs vom Netz. Der Krieg in der Ukraine & die russischen Angriffe auf Tschernobyl zeigen, dass Atomkraft niemals sicher sein kann

Unterwegs im Wahlkreis & Berlin

Bildergalerie



Für Frieden in der Ukraine

Am 15. April war ich bei den Friedenskundgebungen in Kaufungen und Lohfelden. In Kaufungen habe ich an den Osterfrieden erinnert. Wir brauchen Friedensgespräche und keine weitere Eskalationsdynamik. Wir stehen an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer. Das Kaufunger Friedenslicht nahm ich mit nach Berlin.

Bei meiner Osterverteilkaktion

Am Gründonnerstag habe ich in Kassel einen kleinen Ostergruß verteilt - zuerst an der Markthalle und später in der Wilhelmshöher Allee – und habe viele intensive Gespräche mit Bürger*innen geführt – insbesondere zur Lage in der Ukraine.



Unterwegs im Wahlkreis & Berlin

Bildergalerie



Girls' Day 2022

Beim diesjährigen Girls' Day hat Anna-Lena Einblicke in die Arbeit meines Berliner Büros gewinnen können.

Danke Anna-Lena für deine Unterstützung!

Welttag des Buches

Am Welttag des Buches haben wir das Lesen gefeiert! Der Aktionstag regt dazu an, Geschichten zu teilen und sich wie andere für das Lesen zu begeistern. Denn Lesen ist die Grundlage von Bildung und persönlicher Entwicklung. Aber mehr noch: Bücher eröffnen uns neue Blickwinkel, machen uns neugierig auf die Welt und wecken unser Interesse.

PS: Meine aktuelle Lektüre ist Juli Zehs Roman „Über Menschen“.



Unterwegs im Wahlkreis & Berlin

Bildergalerie



Beim Hessenempfang

Apfelwein und Ahle Wurst für einen guten Zweck: der Unterstützung der geflüchteten Menschen aus der Ukraine. Unter diesem Motto stand unser diesjähriger SPD-Empfang in der hessischen Landesvertretung in Berlin. (Fotos © Michael Setzpfandt)



Timon Gremmels

 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel  Telefon 0561 700 10 52
 buero@timon-gremmels.de  TimonGremmels
 timon-gremmels.de  @gremmels